

Holzenkamp fordert politische Klarheit - Genossenschaften zu Veränderungen bereit

Baldige politische Klarheit in Brüssel und Berlin erwartet der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, Franz-Josef Holzenkamp. „Eine monatelange Hängepartie wäre nicht nur aus Sicht der Agrarwirtschaft, sondern auch gesellschaftspolitisch desaströs und hätte einen weiteren Vertrauensverlust in die Politik zur Folge“, so Holzenkamp zur Entscheidungsfindung auf EU-Ebene. Im Bund sieht er Union und SPD gefordert, den Koalitionsvertrag abzarbeiten. Mit Nachdruck verteidigt Holzenkamp die Reform der Düngeverordnung von 2017. Er betont die Bereitschaft der genossenschaftlichen Unternehmen und der Agrarwirtschaft insgesamt, sich auf veränderte gesellschaftliche Anforderungen einzustellen.
Länderberichte 1

Entwurf zur Kastenstandhaltung liegt vor - DBV fordert Unterstützung für Sauenhalter

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat einen Verordnungsentwurf für eine Neuregelung der Haltung von Sauen im Kastenstand vorgelegt. Dieser sieht strengere Anforderungen hinsichtlich der Fixationszeit sowie in den Abmessungen der Kastenstände sowohl im Deckzentrum als auch im Abferkelbereich vor. Für die Umsetzung der neuen Vorgaben soll den Sauenhaltern ein Zeitraum von 15 Jahren eingeräumt werden, der in Härtefällen um bis zu zwei Jahre verlängert werden kann. Der DBV kritisierte eine Reihe praxisfremder Detailregelungen sowie insbesondere die Neuregelung der Abferkelbuch auch für Altgebäude und forderte eine umfassende Unterstützung für die Sauenhalter.
Länderberichte 27

Bundesfinanzministerium sendet positive Signale zu Dürrepolicen

In Sachen Dürrepolicen gibt es vom Bundesfinanzministerium positive Signale. Es sei geplant, „das Versicherungsteuergesetz entsprechend zu ändern“, heißt es in einem aktuellen Schreiben des Finanzressorts an das Bundeslandwirtschaftsministerium zu dessen Forderung nach einem ermäßigten Steuersatz für Dürreversicherungen. Das teilte das Agrarressort gegenüber AGRA-EUROPE mit. Wenige Tage zuvor beschloss die Mainzer Landesregierung einen Entschließungsantrag für den Bundesrat, in dem gefordert wird, die Steuer für Dürreversicherungen von 19 % auf den ermäßigten Satz von 0,03 % zu senken. Zudem soll der Bund weitere Instrumente zur Förderung des Risikomanagements ermöglichen.
Länderberichte 26

EU-Wahl: Viele Agrar- politiker wieder dabei

Im neuen Europaparlament werden wieder zahlreiche Agrarpolitiker sitzen. Gemäß dem vorläufigen amtlichen Ergebnis konnten von deutscher Seite alle führenden, an der Landwirtschaft interessierten EU-Abgeordneten ihr Mandat verteidigen. Erstmals ins Parlament einziehen wird die bisherige CSU-Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler, die auf ihren Parteikollegen Albert Deß folgt, der nicht mehr kandidiert hatte. Neu dabei ist auch der frühere Agrarkommissar Dr. Dacian Cioloș, der bereits sein Interesse an einem Sitz im Landwirtschaftsausschuss bekundet hat. Gleiches gilt für die Fernsehköchin Sarah Wiener von den österreichischen Grünen. Zu den prominenten Verlierern gehört der Pole Czesław Adam Siekierski, der zuletzt den Ausschussvorsitz innehatte. Auch die Spanierin Esther Herranz García, die als Berichterstatterin für die Verordnung zu den Strategieplänen der GAP nach 2020 fungiert hatte, wurde nicht wiedergewählt. Wie in Deutschland haben auch bei der EU-Wahl insgesamt die beiden größten Gruppen, die EVP und die S&D, Verluste zu verkraften. Während die EVP von 216 auf 179 Sitze abrutschte, verlor die S&D 31 Mandate und kommt nur noch auf 153. Gewinner sind die Liberalen und die Grünen, die ihre Abgeordnetenzahl von 69 auf 105 sowie von 52 auf 69 erhöhten. Den rechtspopulistischen bis rechtsradikalen Parteien werden 112 Mandate zugeordnet, verglichen mit zuvor nur 78. COPA-Präsident Joachim Rukwied zeigte sich mit dem Ergebnis zufrieden. Er appellierte an das neue Parlament, jetzt schnellstmöglich die Eckpunkte und Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft abzustecken.
EU-Nachrichten 1 und 4

DEUTSCHLAND

INVESTITIONEN

Milchviehalter wieder investitionswilliger

VIERSEN. Die Investitionsbereitschaft unter den Milchviehaltern in Deutschland hat zuletzt offenbar spürbar zugenommen. Das ist zumindest das Zwischenergebnis von telefonischen Befragungen nach etwa 2 000 Interviews durch die AgriDirect Deutschland GmbH. Wie das Marktforschungsunternehmen am Montag vergangener Woche (27.5.) berichtete, ist beispielsweise der Anteil der Milchbauern, die in Melkanlagen investieren wollen, von 6,4 % auf 9,1 % gestiegen. In den Jahren zuvor waren es 7,4 % beziehungsweise 7,5 %. Von den aktuell Investitionswilligen gaben 63,5 % an, sich einen Melkroboter anschaffen zu wollen, 16,3 % einen Fischgrätenmelkstand. Auch Renovierungspläne hegen wieder mehr deutsche Milchviehalter: Hier wuchs der Anteil von nur 2,5 % im Jahr 2018 auf jetzt 3,5 %, was nahezu wieder dem Stand von 2017 entspricht, als 3,8 % Renovierungspläne hatten. Dagegen planen weniger Betriebe einen Neubau, nämlich 5,9 % gegenüber 6,6 % im Jahr 2018. Im ver-

gangenen Jahr hatte dieser Anteil allerdings deutlich zugenommen, und zwar um 1,6 Prozentpunkte. Leicht gestiegen ist dem Zwischenergebnis zufolge der Anteil der Milchbauern, die binnen der nächsten zwei Jahre in Fütterungstechnik investieren wollen. Nach einem Abwärtstrend in den vergangenen Jahren scheinen sich laut AgiDirect die betreffenden Investitionspläne zu stabilisieren; der aktuelle Anteil liegt bei 5,6 %, verglichen mit 5,2 % im Vorjahr und 5,9 % in den Jahren 2016 und 2017. Rund 60 % der betreffenden Betriebe haben vor, in eine angehängte Maschine zu investieren, 21,5 % in einen Selbstfahrer und 11,2 % in ein automatisches Fütterungssystem. Etwa 9 % der befragten Milchbauern gaben laut dem Marktforschungsunternehmen an, sie beabsichtigten, in Fahrsilos zu investieren. Ein Viertel davon plant dabei eine Investition in der ersten Jahreshälfte 2020. Knapp jeder Sechste von ihnen erklärte, im zweiten Halbjahr 2020 die Investition tätigen zu wollen. AgE

DEUTSCHLAND

PFLANZENPRODUKTION

UFOP: Klimaschutz rechtfertigt mehr Unterstützung für Leguminosenanbau

BERLIN. Auf die positiven Klima- und Umweltschutzaspekte des Anbaus von Körnerleguminosen hat die Förderung von Oel- und Proteinpflanzen (UFOP) hingewiesen. Deshalb muss nach ihrer Ansicht mit der Ackerbaustrategie der Bundesregierung auch ein weiterer Schritt zur Verstärkung und Ausweitung des Anbaus dieser Pflanzen erfolgen. Dieser müsse über die Einrichtung und Weiterentwicklung der Demonstrationsnetzwerke der Eiweißpflanzenstrategie des Bundeslandwirtschaftsministeriums und die Anbauförderung im Rahmen von Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen der Zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) hinausgehen, forderte die UFOP am Dienstag vergangener Woche (28.5.) in Berlin. Neben den Leguminosen sei auch der Raps besonders zu berücksichtigen. Dabei sei die Möglichkeit des integrierten Pflanzenschutzes sicherzustellen. Das Verbot des Pflanzenschutzmitteleinsatzes bei Eiweißpflanzen im Rahmen des Greenings habe zu einem Anbau rückgang von 17 % bei Futtererbsen und 20 % bei Süßlupinen zur Ernte 2018 geführt, stellte die Förderorganisation fest. Die dem gegenüberstehende Anbauausweitung bei Acker- und Sojabohnen sei in großen Teilen Sondereinflüssen - insbesondere der

Witterung im Herbst 2017 und der nicht möglichen Aussaat von Winterungen - geschuldet und könne deshalb nicht zwingend als Beleg für die ökonomische Robustheit des Leguminosenanbaus in Deutschland herangezogen werden. Die UFOP hob hervor, dass neben Raps, der zwischen 50 % und 70 % der Honigtracht eines Bienenvolkes ausmachen könne, Leguminosen als Blattfrüchte einen wertvollen Beitrag für die Erweiterung von Fruchtfolgen im Ackerbau leisteten und das Angebot an Trachtpflanzen für blütenbesuchende Insekten in der Agrarlandschaft bereicherten. Da Leguminosen mit stickstoffbindenden Knöllchenbakterien im Boden eine Symbiose eingingen, benötigen sie keinen Stickstoffdünger für das Wachstum und die Ertragsbildung, wodurch erhebliche Mengen an Stickstoffdünger eingespart würden. Entsprechend niedriger sind bei ihrem Anbau laut UFOP die Treibhausgasemissionen. Leguminosen könnten somit einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung der Klimaschutzziele 2030 des Sektors Landwirtschaft leisten. Auch würden Entwicklungszyklen von Getreidekrankheiten unterbrochen, so dass weniger chemische Pflanzenschutzmittel nach einer Leguminosen-Vorfrucht eingesetzt werden müssten. AgE

DEUTSCHLAND

BIOROHSTOFFE

Neue Faser auf Hanfbasis als Alternative zu Baumwolltextilien

BERLIN/RUDOLSTADT. Auf einen Entwicklungserfolg in Sachen Hanffasern hat die Deutsche Industrieforschungsgemeinschaft Konrad Zuse aufmerksam gemacht. Während Hanftextilien bislang nur durch eine Vielzahl teils nicht sehr umweltfreundlicher Aufbereitungsschritte hätten produziert werden können, sei es nun gelungen, eine umweltfreundlich erzeugte Faser zu entwickeln, die aus Hanfzellstoff gewonnen werde, berichtete die Forschungsgemeinschaft vergangene Woche in Berlin. Die dafür nötigen Prozessschritte habe ein Konsortium wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen und Firmen entwickelt. Seit 2017 arbeiteten im Netzwerk „Hanf-Lyocell“ das Thüringische Institut für Textil- und Kunststoff-Forschung (TITK) aus Rudolstadt und das Sächsische Textilforschungsinstitut (STFI) Chemnitz mit mehreren Unternehmen zusammen. Gemeinsames Ziel sei es, Hanf für die Herstellung umwelt-

freundlich erzeugter Bekleidungstextilien nutzbar zu machen, so die Forschungsgemeinschaft. Dabei nehme das Netzwerk auch neue Verfahren zur Ernte und Aufbereitung der Hanfpflanze in den Fokus. Der Schwerpunkt liege darauf, alle Pflanzenbestandteile zu verwenden. „Keiner unserer Netzwerkpartner hätte sich anfangs vorstellen können, welche Nachfrage nach Technologie und textilem Produkt sich daraus entwickeln würde“, so **Dr. Frank Meister** vom TITK in Rudolstadt. Das Netzwerk habe eine durchgängige Prozesslinie zur Herstellung von Zellulose-Regenerat-Fasergarnen entwickelt. Das Ergebnis heiße „Lyohemp“, eine eingetragene Marke des TTK, und ermögliche extrem feine Fasern im Bereich von feinsten Baumwolle. Zudem biete der neue Ausgangsstoff zeitgemäße tragephysiologische Eigenschaften wie Anschmiegsamkeit oder Feuchtemanagement sowie eine einfache Verarbeitung entlang der textilen Ket-

te. Laut Meister haben die Arbeitsergebnisse des Netzwerks inzwischen nicht nur national für Aufmerksamkeit gesorgt, sondern auch bei Unternehmen aus dem nahen und fernen Ausland. So seien Unternehmen aus Frankreich, Portugal, aber auch aus Kanada an das Konsortium herangetreten, um den Weg zu umwelt-

schonenden Textilfasern aus Regenerat-Zellulose zu prüfen und die Technologie und das Know-how zu übernehmen. „Insofern ist es sicher nur noch eine Frage der Zeit bis zur Errichtung der ersten Lyohemp-Faserproduktionsanlage“, zeigte sich Meister überzeugt. AgE

DEUTSCHLAND

UMWELTSCHUTZ

Bei biobasierten Kunststoffen auf Herkunft der Biomasse achten

GÜLZOW. Beim Erwerb von biobasierten Kunststoffen sollte insbesondere auf einen nachhaltigen Anbau der Rohstoffe geachtet werden. Das empfiehlt eine Studie, die das Institut für Energie- und Umweltforschung (ifeu) gemeinsam mit dem Consultingbüro narocoon und der Kanzlei Dageförde durchgeführt hat. Wie die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) berichtete, gibt es für Biokunststoffprodukte jedoch erst wenige passende Umweltsiegel. Ökobilanzen wiederum seien zu komplex und Herstellerangaben häufig lückenhaft sowie intransparent. Nicht zertifizierte Produkte sollten daher laut Studie nur gekauft werden, wenn die zur Herstellung verwendete Biomasse nicht aus Weltregionen stamme, in der potentiell Flächenkonkurrenz mit Regenwäldern bestehe oder Nahrungsmittelknappheit herrsche. Grundsätzlich konstatieren die Autoren, dass die vielen Möglichkeiten von biobasierten Kunststoffen von der öf-

fentlichen und unternehmerischen Beschaffung derzeit kaum ausgeschöpft werden. Dies sei vor allem auf Informationsdefizite bei den Einkäufern zurückzuführen, denen die relativ kleine, biobasierte Produktpalette nicht bekannt sei. Die Experten empfehlen daher, neben einer generellen Ausweitung des Angebots möglichst konkrete Hilfestellungen, beispielsweise in Form von Produktkatalogen oder Datenbanken. Generell müssten die Angebote möglichst genau auf die Zielgruppe zugeschnitten sein; eine allgemeine Veranstaltung zur nachhaltigen Beschaffung sei eher wenig zielführend. Die Studie „Produkte aus biobasierten Kunststoffen im öffentlichen und unternehmerischen (Groß-) Einkauf - Kriterien, Auswahl, Anreize“ wurde vom Bundeslandwirtschaftsministerium über die FNR gefördert und steht auf der Internetseite der Fachagentur unter dem Förderkennzeichen 22025415 zur Verfügung. (www.fnr.de) AgE

DEUTSCHLAND/GROSSBRITANNIEN

BIOROHSTOFFE

Klarstellung von CARMEN zur Abbaubarkeit von Plastiktragetaschen

STRAUBING. Produkte, die als biologisch abbaubar beworben werden, müssen eine Zertifizierung zum biologischen Abbau in klar definierten Umweltbedingungen vorweisen. Generelle Aussagen zur biologischen Abbaubarkeit von Produkten ohne diesen Nachweis sind als unseriös zu betrachten. Diese Schlussfolgerung hat das Centrale Agrar-Rohstoff-Marketing- und Entwicklungsnetzwerk (CARMEN) aus der Studie von **Imogen Napper** und **Richard Thompson** von der Universität Plymouth zu den Umweltbeeinträchtigungen von Kunststofftragetaschen gezogen. Die Untersuchung hatte laut CARMEN in den Medien viel Beachtung und Zweifel an der Anwendbarkeit von biologisch abbaubaren Kunststofftüten aufkommen lassen. In verschiedenen Pressemeldungen seien die Studienergebnisse falsch zitiert worden. Wie das Netzwerk am Montag vergangener Woche (27.5.) in Straubing betonte, sind auch zertifizierte kompostierbare Bioabfallbeutel nicht für den Abbau im Boden oder im Meer entwickelt worden. Diese Beutel seien vielmehr zum biologischen Abbau in industri-

ellen Kompostierungsanlagen bestimmt. Die englische Studie habe verdeutlicht, dass konventionelle Kunststoffe durch Additive nicht biologisch abbaubar gemacht werden könnten. Polyethylen-(PE)-Tüten, welche diese Additive enthielten und als „oxo-abbaubar“ vermarktet würden, verrotteten nicht. Diese Produkte zerfielen lediglich, während der Kunststoff als Mikroplastik bestehen bleibe. In der europäischen und deutschen Gesetzgebung werde dies bereits berücksichtigt. Diese Produkte seien nach der neuen EU-Richtlinie zu Einwegkunststoffen verboten und ebenso seit vielen Jahren durch die deutsche Bioabfallverordnung nicht für die Biotonne zugelassen. Es sei unerlässlich, so CARMEN, den Verbrauchern umfassende Informationen hinsichtlich der biologisch abbaubaren Materialien zur Verfügung zu stellen, um eine Umweltverschmutzung durch in der Natur entsorgte Abfälle zu vermeiden. Industriell kompostierbare Produkte gemäß der DIN EN 133432/14995 sind dem Netzwerk zufolge am „Keimling“-Logo erkennbar. AgE

NIEDERLANDE/EU

FUTTERMITTEL

Einzelhändler für Tiermehlverfütterung

WERKENDAM. Der Präsident des niederländischen Lebensmittel-einzelhandelsverbandes (CBL), **Marc Jansen**, hat sich für die Verfütterung von Tiermehl an Nutztiere ausgesprochen. Auf einer Tagung von Futtermittelherstellern und Getreidehändlern in der vorvergangenen Woche in Werkendam betonte er, dass eine entsprechende Wiederezulassung einen wichtigen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft leisten könne, die von Landwirtschaftsministerin **Carola Schouten** angestrebt werde. Schützenhilfe erhielt Jansen von **Dr. Theun Vellinga** von der Universität Wageningen, wie das Fachmagazin „Pig Business“ berichtete. Nach Ansicht von Vellinga lässt sich mit der Wiederaufnahme von Tiermehl in die Zutatenliste für Mischfutter der Anteil von Sojaschrot als Eiweißkomponente deut-

lich verringern. Außerdem würde dadurch die heimische Produktion gestärkt, was ebenfalls dem politischen Willen entspräche. Die Europäische Union importiert Sojabohnen und -schrot vor allem aus Nord- und Südamerika. Die Verfütterung von Tiermehl an Nutztiere wurde 2001 als Maßnahme gegen die Verbreitung der Bovinen Spongiformen Enzephalopathie (BSE) EU-weit verboten. Allerdings darf seit Juni 2013 aus Kadavern von nicht wiederkäuenden Tieren erzeugtes Tiermehl wieder an Speisefische und andere auf Aquafarmen gezüchtete Tiere verfüttert werden. Außerdem wird Tiermehl zur energetischen Nutzung verbrannt und als Futtermittel für Heimtiere sowie Pelz- und Zootiere verwendet. Zudem darf der Rohstoff unter Auflagen als Dünger in der Landwirtschaft genutzt werden. AgE